

Hochschulgottesdienste im Wintersemester 2017/18

## Visionen

### **Alle Menschen werden Brüder - Visionen für Europa und die Eurozone**

Ansprache am 19.11.2017

Prof. Dr. Michael Feucht

Dekan der Fakultät für Wirtschaft, Hochschule Augsburg

Liebe Gemeinde,

sehr geehrte Damen und Herren,

wer wie ich als Kind und Jugendlicher in den 70er und 80er Jahren in der alten Bundesrepublik aufgewachsen ist, kann sich noch deutlich daran erinnern, wie das Europa der „Vor-Schengen“ und „Vor-Euro“-Zeit und vor allem natürlich auch vor dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes ausgesehen hat. Stundenlange Schlangen beim Grenzübertritt in den Skiurlaub nach Österreich oder den Badeurlaub in der Bretagne waren eher die Regel als die Ausnahme. Natürlich musste man sich vor dem Urlaub darum kümmern, genügend Bargeld in der jeweiligen Landeswährung umzutauschen. Geldtransfers – zum Beispiel zur Finanzierung einer Ferienwohnung in Österreich – fanden zeit- und verwaltungsaufwendig über die Zentralbanken der involvierten Staaten statt. Quer durch Europa zog sich der „eiserne Vorhang“, auf dessen anderer Seite sozialistische Diktaturen verschiedener Prägung zum Teil erheblich durch den Westen hofiert wurden – erinnert sei hier nur an Nicolae Ceaucescu, dessen stalinistisches Regime zumindest die Westdeutschen Anfang der 70er Jahre nicht davon abgehalten hat, am Goldstrand des Schwarzen Meeres Urlaub zu machen. In Griechenland regierte von 1967 bis 1974 das Militärregime der Obristen, Spanien war bis zum Tod General Francos 1975 eine Diktatur, ebenso Portugal unter Salazar. In Deutschland verbreitete die RAF Terror und Schrecken, ähnlich die Roten Brigaden in Italien. Die ETA bombte im Baskenland, und auf der irischen Insel herrschte faktisch ab dem Ende der 1960er Jahre ein Bürgerkrieg zwischen zwei Gruppen, die sich „katholisch“ und „protestantisch“ nannten, die sich aber in Wahrheit eher über ihren sehr unterschiedlichen geschichtlichen Hintergrund definiert haben. Kurzum: Es war vieles nicht gut in Europa. Oder um es in den Worten des Europaabgeordneten Markus Färber zu sagen, der vor kurzem einen sehr interessanten Vortrag bei uns an der Hochschule gehalten hat: „Eigentlich war Europa immer irgendwie in der Krise.“

Dies ist eine wichtige Erkenntnis: Seit Robert Schumann am 9. Mai 1950 mit seiner visionären Rede zur gemeinsamen Zukunft der Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands die Grundlage für die Europäische Montanunion von 1951 schuf, gab es in der langen Entwicklung, die über die Römischen Verträge von 1957 mit dem EURATOM-Vertrag und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG, über den Fusionsvertrag von 1965 zu den Europäischen Gemeinschaften, über den Vertrag von Maastricht 1993 zur Europäischen Gemeinschaft EG und schließlich mit dem Vertrag von Lissabon 2009 zur Europäischen Union wurde, eine ununterbrochene Aneinanderreihung von Krisen. Dennoch sollte man sich immer wieder bewusst machen, dass sich im Verlauf dieser fast 70jährigen Geschichte die Situation der Menschen in Europa in jeglicher Hinsicht – gesellschaftlich, politisch und

wirtschaftlich – systematisch und kontinuierlich verbessert hat. Entgegen mancher Wahrnehmung und politischer Behauptung profitieren wir alle erheblich vom europäischen Binnenmarkt, der Freizügigkeit des Schengen-Raumes und – ich werde das in der Folge noch detaillierter ausführen – auch von der vor 18 Jahren eingeführten einheitlichen Währung Euro. Und viele Anekdoten zu den als überbürokratisch wahrgenommenen Regelungen der Brüsseler Verwaltung – an erster Stelle ist hier vermutlich immer noch die berühmterberühmte „Gurkenverordnung“ aus dem Jahr 1988 zu nennen – entsprechen schon lange nicht mehr der Realität. Im heutigen Europa hat schon lange die Idee der gegenseitigen Anerkennung nationaler Standards, wo auch immer das möglich ist, das frühere Ideal der europäischen Vereinheitlichung ersetzt. Übrigens: die „Gurkenverordnung“, die tatsächlich unter anderem eine „maximale Krümmung“ der Gurke von zehn Millimetern auf zehn Zentimeter Länge gefordert hatte, wurde 2009 abgeschafft. Interessanterweise haben damals die landwirtschaftlichen Verbände gegen die Abschaffung protestiert. Es hatte sich herausgestellt, dass die einheitliche Form des Gemüses ideal für Spediteure und Supermärkte war, da die Gurken platzsparend transportiert und gelagert werden konnten. Und tatsächlich werden heute – auch ohne entsprechende Vorschrift – die entsprechenden Normen immer noch eingehalten.

Aber zugegeben, Europa hat heute drängendere Probleme als die Standardisierung der Qualität von Lebensmitteln. Das beginnt schon damit, dass es das eine Europa gar nicht gibt. Da ist zunächst einmal die Europäische Union, das Europa der 28 – ab März 2019 dann nur noch 27 – Staaten, das auf den drei Säulen erstens der Europäischen Gemeinschaften, zweitens der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und drittens der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen ruht. Dabei umfasst Säule 1 wiederum einerseits die frühere EG mit gemeinsamer Agrarpolitik, Zollunion und Binnenmarkt, Strukturpolitik, Handelspolitik, Wirtschafts- und Währungsunion, Bildung und Kultur (davon profitieren z.B. die vielen Studentinnen und Studenten, die über das frühere ERASMUS- oder das jetzige ERASMUS+-Programm die Chance hatten und haben, im Ausland zu studieren), Forschung und Umwelt, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz und Sozialpolitik, aber andererseits auch immer noch der EURATOM-Vertrag von 1957.

Der Europäische Wirtschaftsraum – in dem ein Großteil, aber nicht alle Regelungen des sogenannten „EU-Binnenmarktes“ gelten - ist aber nicht beschränkt auf die 28 Mitglieder der EU. Ihm gehören derzeit auch drei der vier Mitgliedsstaaten der EFTA, der Europäischen Freihandelszone an, nämlich Island, Norwegen und Liechtenstein, aber nicht die Schweiz. Hier kooperieren also derzeit 31 Staaten, nach dem EU-Austritt der Briten zukünftig 30. Im Europäischen Wirtschaftsraum gelten insbesondere die vier Freiheiten des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs, mit Sonderregelungen für Agrarwaren. Insofern ist der Europäische Wirtschaftsraum weit mehr als nur eine große Freihandelszone. Festzuhalten ist aber auch, dass sich die drei EFTA-Mitglieder Norwegen, Island und Liechtenstein den sehr weitreichenden Pflichten des Wirtschaftsraumes (insbesondere auch der Vorgabe der Freizügigkeit) unterworfen haben und auch entsprechende finanzielle Beiträge bezahlen, ohne allerdings Mitgestaltungsrechte zu haben, da sie ja keine Mitglieder der EU sind.

Dem sogenannten Schengen-Raum wiederum sind zwar alle vier EFTA-Staaten inklusive der Schweiz beigetreten, allerdings nicht die EU-Mitglieder Vereinigtes Königreich und Republik Irland. Hier kooperieren also 26 Länder der EU mit vier EFTA-Staaten in einem Europa weitgehend offener Binnengrenzen.

Und schließlich gibt es noch die Eurozone. Derzeit haben 19 EU-Staaten die gemeinsame Währung eingeführt, außerdem mit entsprechendem Abkommen die Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikanstaat. Ohne Abkommen wird der Euro als gesetzliche Währung im Kosovo und in Montenegro verwendet. Alle Staaten der EU 28 außer Dänemark und dem Vereinigten Königreich müssen übrigens den Euro einführen, sobald sie die sogenannten Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags erfüllen. Diese sind erstens die Preisstabilität, d.h. die Inflationsrate (gemessen als harmonisierter Verbraucherpreisindex) darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen und zweitens die Stabilität der öffentlichen Haushalte, d.h. der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60% und die jährliche Nettoneuverschuldung nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Außerdem müssen Beitrittskandidaten stabile Wechselkurse zum Euro aufweisen und die langfristigen Zinssätze dürfen nicht zu stark von denen der preisstabilsten Mitgliedsstaaten abweichen.

Hinter der Idee der Einführung einer gemeinsamen Währung noch vor der vollständigen politischen und wirtschaftlichen Integration stand in den 1990er Jahren die sogenannte Lokomotivtheorie. Für die Vertreter dieser Denkrichtung sollte die gemeinsame Währung als Katalysator für den weiteren Einigungsprozess in Europa wirken. So erklärte zum Beispiel Helmut Kohl anlässlich der Verabschiedung des Vertrags von Maastricht: "Man kann dies nicht oft genug sagen. Die Politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion." Tatsächlich konnte man aber leider beobachten, dass diese Idee eines sich selbst nährenden Integrationsprozesses in der Realität nicht stattfand. Tatsächlich wurde die Hoffnung auf eine weitere politische Integration Europas mit dem Scheitern des Verfassungsvertrags von Nizza zunächst einmal begraben. Der Lissabon-Vertrag von 2009 blieb hinter den Erwartungen weit zurück.

Im Gegensatz zur Lokomotivtheorie vertraten viele Ökonomen und auch die Deutsche Bundesbank damals die sogenannte Krönungstheorie. Nach ihr sollte eine gemeinsame Währung erst am Ende eines politischen und vor allem wirtschaftlichen europäischen Anpassungsprozesses stehen. Denn es war ja klar, dass es nach Einführung einer gemeinsamen Währung nicht mehr möglich sein würde, die geringere internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes durch Abwertung der nationalen Währung auszugleichen, wie dies zum Beispiel Italien in der Vergangenheit regelmäßig getan hatte. Und die genannten Konvergenzkriterien allein konnten eine Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit natürlich nicht sicherstellen, auch nicht die auf deutsches Betreiben durchgesetzte Forderung, dass die zwei Kriterien zur Haushaltsdisziplin kontinuierlich auch nach dem Beitritt weiter erfüllt werden sollten. Hinzu kommt, dass sehr viele Länder vor dem Beitritt erfolgreich ihre Zahlenwerke unrealistisch verschönert haben. Dies betrifft übrigens keinesfalls nur die offensichtlichen Fälschungen der in diesem Zusammenhang zu Recht gescholtenen Griechen vor ihrem Beitritt 2001, sondern zum

Beispiel auch Manipulationen und Tricks der Bundesrepublik Deutschland. Der damalige Finanzminister Theo Waigel verlangte von der Deutschen Bundesbank eine Neubewertung der Goldreserven in der Absicht, den Gewinn als Buchgewinn an die Bundesregierung auszuschütten und so die Nettoneuverschuldung zu verringern. Außerdem verkaufte die deutsche Bundesregierung zur Reduzierung ihres Schuldenstands Anteile der Deutschen Telekom und der Deutschen Post an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, um ihren Schuldenstand zu verringern. Faktisch blieben dabei aber das Aktienkursrisiko und auch die Dividendeneinnahmen beim Bund. Es handelte sich um einen reinen Buchführungstrick, der nur rechnerisch zu hohen Zahlungen an den Staatshaushalt führte.

Es bleibt also festzuhalten, dass einerseits der Rahmen der Gemeinschaftswährung von Anfang an gar nicht in der Lage sein konnte, einen Ausgleich der wirtschaftlichen Situationen der verschiedenen Länder der Eurozone herbeizuführen, aber andererseits noch nicht einmal diese Mindestanforderungen konsequent eingehalten wurden. Per heute beträgt die Gesamtverschuldung in der Eurozone knapp 90% des Bruttoinlandsprodukts, nur 9 der 19 Mitgliedsstaaten halten die Verschuldungsgrenze von 60% ein. Deutschland hat mit ca. 66% des Bruttoinlandsprodukts zwar fast den Schuldenstand von vor Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 wieder erreicht, hat aber das Staatsschuldenkriterium von weniger als 60% des Bruttoinlandsprodukts bereits seit 2002 nicht mehr erfüllt. Da die erhoffte wirtschaftliche und politische Annäherung in der Folge der Euroeinführung nicht stattgefunden hat, kann konstatiert werden, dass man mit der Einführung des Euro durch die notwendigerweise entstehenden Leistungsgleichgewichte und die resultierenden notwendigen Ausgleichszahlungen faktisch eine Transferunion geschaffen hat, allerdings ohne die Regeln für den Finanzausgleich zwischen den Eurostaaten zu festzulegen. Die Konsequenz waren dann am Höhepunkt der Staatsschuldenkrise die hastig geschnürten Rettungspakete erst des EFSF, des European Financial Stability Fund, und nunmehr des Europäischen Rettungsschirms ESM, European Stability Mechanism.

Daraus könnte man nun den Schluss ziehen, dass eine Rückkehr zu nationalen Währungen der einzig denkbare Weg aus der Misere ist. Ein Rückfall in längst überkommene nationale Strukturen wäre aber aus mehreren Gründen nicht nur für das politische Projekt Europa, sondern auch für jeden einzelnen europäischen Staat fatal. In einem global verflochtenen Wirtschaftssystem hat kein europäisches Land die nötige Verhandlungsmacht, um den großen Wirtschaftsmächten USA und China etwas entgegenzusetzen. Die Wettbewerbsfähigkeit aller Staaten würde notwendigerweise leiden, ebenso der europäische Binnenhandel. Speziell Deutschland würde mit einer Rückkehr zu einer notwendigerweise extrem starken nationalen Währung unmittelbar seine internationale Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Arbeitsplatzverluste in großem Umfang wären die logische Konsequenz. Tatsächlich hat die deutsche Wirtschaft von einem nicht zu starken Euro in den vergangenen 10 Jahren deutlich profitiert. Unsere Exportstärke und die von Donald Trump kritisierten Exportüberschüsse im Handel mit den USA sind nicht ausschließlich der Agenda 2010 des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder und deutscher Produktivität, sondern tatsächlich auch der Geldmarktpolitik der EZB unter Mario Draghi geschuldet. Fatal ist, dass momentan in vielen Ländern Europas ein starker Trend zum Separatismus erkennbar ist,

nicht nur in Katalonien, wo der Konflikt hoffentlich nicht weiter eskaliert, und die Treiber dieser Bewegungen leider nicht erkennen, wie sehr sie ihren Heimatregionen, für die ihr Herz ja angeblich schlägt, damit politisch und wirtschaftlich schaden.

Wie könnte denn nun eine Zukunft der Gemeinschaftswährung aussehen? Lassen Sie mich zu meinen Visionen für die Eurozone kommen. Nun, zunächst müsste eine gemeinsame Basis für ein europäisches Finanzsystem, ein „level playing field“ geschaffen werden. Das bedeutet, dass mindestens die nationalen Steuersysteme europaweit harmonisiert werden müssten, außerdem müssen Mindeststeuersätze festgelegt werden. Denn es kann natürlich nicht sein, dass ein Land wie Irland faktisch keine Steuern erhebt oder ein Land wie Griechenland zwar die Steuergesetze hat, aber die Steuern nicht eintreibt, dann aber bei Staatsschuldenproblemen auf die Hilfe der europäischen Solidargemeinschaft angewiesen ist. Derzeit ist in Europa nur die Mehrwertsteuer harmonisiert, und es wird sicher ein weiter Weg zur Harmonisierung insbesondere der Einkommen- und Unternehmenssteuern sein. Erst wenn diese Grundlage geschaffen ist, kann man über den zweiten Schritt nachdenken: eine europäische Finanzstruktur, die zum Beispiel bis zur Staatsschuldenobergrenze von 60% des Bruttoinlandsprodukts eine gemeinsame Verschuldung über sogenannte Eurobonds vorsieht, und zweitens eine Art europäischer Länderfinanzausgleich, der systematische Transferzahlungen zwischen den Ländern der Eurozone vorsieht. Ich bin mir bewusst, dass dieser Punkt der am emotionalsten besetzte ist, und wenn ich mir die Rhetorik des bayerischen Finanzministers zum deutschen Länderfinanzausgleich anhöre, ist mir klar, dass der Weg zu einem europäischen Finanzausgleich nicht leicht sein wird. Gleichwohl bin ich überzeugt, dass nur mit klaren Regelwerken eine wahre europäische Integration möglich sein wird. Zu diesen Regeln werden auch einheitliche europäische Sozialstandards gehören müssen. Gerade am vergangenen Freitag haben die Spitzen der Europäischen Union die Erklärung für eine „Säule sozialer Rechte“ in Europa unterzeichnet. Gleiche Chancen und Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und sozialer Schutz und Inklusion – das sollen die Grundprinzipien für das neue soziale Gesicht der Europäischen Union sein.

Eine weitere große Herausforderung wird in den nächsten Jahren darin bestehen, die Idee des Schengen-Vertrags, ein Europa der offenen Binnengrenzen, zu retten. Leider erleben wir seit zwei Jahren auch innerhalb des Schengen-Raumes einen Rückwärtstrend zu nationalen Grenzkontrollen, wovon Pendler zwischen Oberbayern und dem Salzburger Land ein Lied singen können. Dabei fand der Sündenfall bereits lang vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015 statt: Das sogenannte Dublin-Abkommen, nach dem das erste Land, in dem ein Geflüchteter europäischen Boden betritt, für dessen Asylantrag zuständig ist, konnte natürlich nur bei geringen Zahlen von Anträgen funktionieren. Systematisch war damit die Last den Mittelmeeranrainerstaaten aufgebürdet worden, das Abkommen sah grundsätzlich keine europäische Solidarität vor. Das Dubliner Übereinkommen ist als völkerrechtlicher Vertrag formal weiter gültig, wird aber inzwischen von europäischem Recht überlagert und nicht mehr angewendet. Dadurch ist die Migrationsfrage aber noch nicht gelöst. Tatsächlich hat das Thema viele schwierige Facetten: Am Anfang steht zunächst einmal die Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen europäischen Asylbegriffs. Wünschenswert wäre dabei die europaweite Ausweitung unseres aus unserer historischen

Verantwortung entstandenen Rechtsanspruchs auf individuelles Asyl. Gleichzeitig ist es notwendig, ein europäisches Einwanderungsgesetz zu formulieren – dieses liegt in weiter Ferne, gibt es ja noch nicht einmal ein nationales deutsches Einwanderungsgesetz. Eine europäische Entwicklungshilfepolitik muss systematisch Fluchtursachen bekämpfen, ein einheitlicher Schutz der europäischen Außengrenzen durch europäischer Grenzschrützer muss die Anwendung der Migrationsgesetze sicherstellen, und schließlich muss die Verantwortung für Geflüchtete solidarisch abhängig von der Leistungsfähigkeit und Größe der Staaten getragen werden.

Meine Damen und Herren, ich habe meine heutige Ansprache überschrieben mit „Alle Menschen werden Brüder“, einer Zeile aus Friedrich Schillers Gedicht „An die Freude“, das von Ludwig van Beethoven als Text für den letzten Satz seiner 9. Symphonie gewählt wurde. Das Hauptthema dieses letzten Satzes wurde 1972 vom Europarat zu seiner Hymne erklärt und 1985 von der Europäischen Gemeinschaft als offizielle Europahymne angenommen – allerdings ohne Text! Dennoch: Wenn wir Deutsche die Melodie der Europahymne hören, die vielleicht in einigen Jahrzehnten tatsächlich die Staatshymne der Vereinigten Staaten von Europa sein könnte, klingen uns automatisch Friedrich Schillers Worte im Ohr. Und was könnte besser beschreiben, was das Projekt Europa seit den ersten Ideen Robert Schumans angetrieben hat: Der Wunsch der Menschen, in Frieden und Freiheit und wirtschaftlicher Sicherheit miteinander zu leben. Europa war und ist bis heute ein hauptsächlich politisches Projekt gewesen, das es immer noch und vielleicht gerade jetzt – in Zeiten, in denen die Gespenster Nationalismus, Isolationismus, Protektionismus nicht nur auf unserem Kontinent, sondern weltweit zurückkehren – wert ist, daran zu arbeiten und sich dafür einzusetzen. Meine Damen und Herren, ich träume von einem funktionierenden föderalen System in Europa, mit einem echten demokratisch legitimierten Zwei-Kammer-Parlament, harmonisierter Wirtschafts- und Finanzpolitik, einem „Länderfinanzausgleich“ der Anreize für eine schrittweise Annäherung der Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in den Staaten und Regionen schafft, einer gemeinsamen Außenpolitik, einem gemeinsamen Asylverständnis und solidarischem Verhalten innerhalb der Union. Liebe Gemeinde, schließen möchte ich mit den Worten von Papst Franziskus aus seiner Rede vor dem Europaparlament: „[...] die Stunde ist gekommen, gemeinsam das Europa aufzubauen, das sich nicht um die Wirtschaft dreht, sondern um die Heiligkeit der menschlichen Person, der unveräußerlichen Werte; das Europa, das mutig seine Vergangenheit umfasst und vertrauensvoll in die Zukunft blickt, um in Fülle und voll Hoffnung seine Gegenwart zu leben. Es ist der Moment gekommen, den Gedanken eines verängstigten und in sich selbst verkrümmten Europas fallen zu lassen, um ein Europa zu erwecken und zu fördern, das ein Protagonist ist und ein Träger von Wissenschaft, Kunst, Musik, menschlichen Werten und auch Träger des Glaubens ist. Das Europa, das den Himmel betrachtet und Ideale verfolgt; das Europa, das auf den Menschen schaut, ihn verteidigt und schützt; das Europa, das auf sicherem, festem Boden voranschreitet, ein kostbarer Bezugspunkt für die gesamte Menschheit!“

Herzlichen Dank!